

*[Important note: The following convenience translation is based on a machine translation. It has been prepared for information purposes. The machine translation has not been reviewed by Allianz. We do not assume any liability, either expressly or tacitly, for the preciseness, completeness or correctness of the translation. In case of deviations between the original text and this translation, the original text will be binding.]*

## **GRENZÜBERSCHREITENDER FUSIONSPLAN**

zwischen

**MULTIASSISTANCE S.A.**

Übertragender

Rechtsträger und

**MULTIASISTENCIA, S.A.U.**

Empfangender Rechtsträger

9. April 2025

## Inhalt

PRÄAMBEL.....	3
1. FUSIONSUNTERNEHMEN (Artikel 4, 39, 40, 84 und 102 RDL 5/2023 und Artikel R.236-21 des französischen Handelsgesetzbuchs).....	6
2. ÜBERTRAGUNG DES AKTIV- UND PASSIVVERMÖGENS IM WEGE DER VERSCHMELZUNG DURCH AUFNAHME .....	7
3. INDIKATIVER ZEITPLAN UND WIRKSAMKEIT DER FUSION .....	10
4. KEINE BERATUNG; KEINE ZUSAMMENFASSUNGSPRÜFUNG; KEIN ZUSAMMENFASSUNGSPRÜFUNGSBERICHT (Artikel 53.1 und 103.1 RDL 5/2023 sowie die Artikel L.236-3, II 1° und L.236-11 des französischen ).....	11
5. FUSIONSBERICHT .....	11
6. WIRKUNGSSTICHTAG DER FUSION; DATUM DER FUSIONSBILANZ; BEWERTUNG DES ÜBERGEGANGENEN VERMÖGENS UND DER VERBINDLICHKEITEN (Artikel 40, 43, 44 und 53 RDL 5/2023 und Artikel L.236-3, I, L.236-44 und R.236-4 des französischen Handelsgesetzbuchs).....	12
7. ERWARTETE AUSWIRKUNGEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG IN DEN AN DER INITIATIVE BETEILIGTEN UNTERNEHMEN MERGER (Artikel 4.1.7° 5/2023 und Artikel R.236-21, 11° und 12° des französischen Handelsgesetzbuch .....	13
8. KEINE GEWÄHRUNG VON SONDERRECHTEN ODER SONDERVORTEILEN (Artikel 4.1.3°, 4.1.5° und 40.4° RDL 5/2023 und Artikel R.236-21 des französischen Handelsgesetzbuchs) .....	15
9. SATZUNG DES EMPFÄNGLICHEN UNTERNEHMENS (Artikel 40.2° RDL 5/2023 und Artikel R.236-21, 10° des französischen Handelsgesetzbuches) .....	16
10. ZUSAMMENGEFÜHRT AN KREDITGÄNGER (Artikel 4.1.4° RDL 5/2023 und Artikel L.236-15 des französischen Handelsgesetzbuchs) .....	16
11. ERKLÄRUNGEN DES ÜBERTRAGENDEN RECHTSTRÄGERS.....	17
12. VERTRETUNGEN DER EMPFANGENDEN STELLE.....	17
13. EINHALTUNG VON STEUER- UND SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTEN .....	18
14. STEUERREGIME .....	18
15. SCHLUSSBESTIMMUNGEN .....	20

## GEMEINSAMER GRENZÜBERSCHREITENDER

### FUSIONSPLAN ZWISCHEN DEN UNTERZEICHNERN:

1. **Multiasistance S.A.**, eine französische Aktiengesellschaft (*société anonyme*) nach französischem Recht mit Sitz in 19, rue Emmy Noether, 93400 Saint-Ouen-sur-Seine, Frankreich, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny unter der Nummer 413 114 901 und mit der spanischen Steueridentifikationsnummer (NIF) N2500712A,

nachstehend der "**übertragende Rechtsträger**" genannt,

UND

2. **Multiasistencia, S.A.U.**, eine nach spanischem Recht gegründete spanische Aktiengesellschaft (*sociedad anónima*) mit Sitz in Madrid, Spanien, und eingetragenem Firmensitz in Ronda De Poniente, 7, 28760 Tres Cantos, Madrid, eingetragen im Handelsregister von Madrid unter der Nummer M- 229242, Band 13985, Blatt 1, mit der eindeutigen Registriernummer des Unternehmens (IRUS) 1000262299368 und der spanischen Steueridentifikationsnummer (NIF) A82261553,

im Folgenden als "**empfangende Stelle**" bezeichnet.

Der übertragende Rechtsträger und der übernehmende Rechtsträger werden im Folgenden gemeinsam als "**Parteien**" und einzeln als "**Partei**" bezeichnet.

### PRÄAMBEL

- (A) Alle Mitglieder der Leitungsorgane der Parteien beabsichtigen, den übertragenden Rechtsträger im Wege einer innereuropäischen, konzerninternen, grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme (die "**Verschmelzung**") auf den übernehmenden Rechtsträger zu verschmelzen.
- (B) Die Verschmelzung ist Teil eines Gesamtvorhabens zur Umstrukturierung der europäischen Dienstleistungsunternehmen der Allianz Partners Gruppe, zu denen der übertragende Rechtsträger und der übernehmende Rechtsträger gehören, in eine einzige juristische Person mit Sitz in Deutschland, die die lokalen Dienstleistungstätigkeiten über Zweigniederlassungen, wie in der Präambel (C) . angegeben, verwalten wird. Die Verschmelzung erfolgt aus strategischen Gründen, aus Gründen der Finanzverwaltung, der internen Organisation, der Verwaltungsvereinfachung und der Verbesserung der Betriebsstruktur und wird die Vereinfachung der rechtlichen Organisation der Allianz Partners Gruppe ermöglichen.

- (C) So bald wie möglich nach Vollzug der Verschmelzung wird der übernehmende Rechtsträger unter anderem auf die AP Solutions GmbH, eine deutsche Gesellschaft mit beschränkter Haftung innerhalb der Allianz Partners Gruppe, verschmolzen (die "**Erste Folgeverschmelzung**"), und so bald wie möglich Vollzug der Ersten Folgeverschmelzung wird die AP Solutions GmbH auf die Allianz Partners Deutschland GmbH, ebenfalls eine deutsche Gesellschaft mit beschränkter Haftung innerhalb der Allianz Partners Gruppe, verschmolzen (die "**Zweite Folgeverschmelzung**", zusammen mit der Ersten Folgeverschmelzung die "**Folgeverschmelzungen**"). Der übernehmende Rechtsträger wird vor dem Wirksamwerden der Verschmelzung eine Niederlassung in Frankreich eröffnen. AP Solutions GmbH hat eine Niederlassung in Frankreich (AP Solutions GmbH, mit zwei Geschäftsstellen in Saint-Ouen-Sur-Seine und Le Mans) und eine Niederlassung in Spanien (AP Solutions GmbH, Sucursal en España). Allianz Partners Deutschland GmbH hat eine Niederlassung in Frankreich (Allianz Partners Deutschland GmbH, mit zwei Geschäftsstellen in Saint-Ouen-Sur-Seine und Le Mans) und eine Niederlassung in Spanien (Allianz Partners Deutschland GmbH, Sucursal en España). Die Parteien streben einen Vollzug der Folgeverschmelzungen zum gleichen Zeitpunkt an, wobei die zweite Folgeverschmelzung unter der aufschiebenden Bedingung steht, dass die erste Folgeverschmelzung vollzogen ist.

Dementsprechend:

- a. Mit dem Vollzug der Verschmelzung gehen das Vermögen und die Verbindlichkeiten des übertragenden Rechtsträgers auf den übernehmenden Rechtsträger über (und werden unverzüglich der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugewiesen, die derzeit noch nicht eröffnet ist, aber vor der Genehmigung der Verschmelzung durch den alleinigen Anteilseigner des übernehmenden Rechtsträgers eröffnet werden wird), und für den Fall, dass zwischen dem Vollzug der Verschmelzung und dem Vollzug der ersten Folgeverschmelzung ein Zwischenzeitraum liegt, führt die französische Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers während dieses Zwischenzeitraums die ursprünglich vom übertragenden Rechtsträger betriebene Geschäftstätigkeit fort;
- b. nach Vollzug der Ersten Folgeverschmelzung werden die Aktiva und Passiva des übertragenden Rechtsträgers und des übernehmenden Rechtsträgers auf die AP Solutions GmbH übertragen (und der französischen Niederlassung der AP Solutions GmbH bzw. der spanischen Niederlassung der AP Solutions GmbH zugewiesen), und für den Fall, dass zwischen dem Vollzug der Ersten Folgeverschmelzung und dem Vollzug der Zweiten Folgeverschmelzung ein Zwischenzeitraum liegt, wird die französische Niederlassung der AP Solutions GmbH . die spanische Niederlassung der AP Solutions GmbH für diesen Zwischenzeitraum das ursprünglich von dem übertragenden Rechtsträger und dem übernehmenden Rechtsträger betriebene Geschäft fortführen; und
- c. Mit Vollzug der Zweiten Folgeverschmelzung werden die Aktiva und Passiva des übertragenden Rechtsträgers und des übernehmenden Rechtsträgers endgültig auf die Allianz Partners Deutschland GmbH übertragen (und der französischen Niederlassung der Allianz Partners Deutschland GmbH bzw. der spanischen Niederlassung der Allianz Partners Deutschland GmbH zugeordnet). Die französische Niederlassung von Allianz Partners Deutschland GmbH wird

führt das ursprünglich vom übertragenden Rechtsträger betriebene Geschäft fort, und die spanische Niederlassung der Allianz Partners Deutschland GmbH führt das ursprünglich vom übernehmenden Rechtsträger betriebene Geschäft fort. Das übertragene Geschäft wird dann von der Allianz Partners Deutschland GmbH geführt.

In jedem Fall handelt es sich bei den nachfolgenden Fusionen um unabhängige und andere Fusionen als die vorliegende Fusion.

- (D) Bei der Verschmelzung handelt es sich um eine innereuropäische konzerninterne grenzüberschreitende Verschmelzung, die im Einklang mit den in Frankreich und Spanien geltenden Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen durchgeführt wird. In Frankreich wird die Verschmelzung gemäß den Bestimmungen der Artikel L.236-1 ff. sowie der Artikel R.236-1 ff. des französischen Handelsgesetzbuchs umgesetzt. In Spanien erfolgt die Verschmelzung gemäß den Bestimmungen des Ersten Buches (Titel I, Titel II und Titel III) des Königlichen Gesetzesdekrets 5/2023 vom 28. Juni 2023, mit dem bestimmte Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges in der Ukraine, zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Insel La Palma und anderer gefährdeter Situationen, zur Umsetzung der Richtlinien der Europäischen Union über strukturelle Änderungen von Handelsgesellschaften und zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben von Eltern und Betreuern sowie zur Umsetzung und Einhaltung des Rechts der Europäischen Union (das "**RDL 5/2023**") verabschiedet und erweitert werden.
- (E) Von heute an und bis zum Vollzugsdatum (wie in Abschnitt 3.2 definiert) werden alle Aktien des übertragenden Rechtsträgers direkt vom übernehmenden Rechtsträger gehalten, der der einzige Aktionär des übertragenden Rechtsträgers ist. Infolgedessen finden die Bestimmungen des Artikels L.236-11 des französischen Handelsgesetzbuchs und des Artikels 53.1 RDL 5/2023 (Übernahme einer hundertprozentigen Gesellschaft) Anwendung, und da die Verschmelzung vom einzigen Gesellschafter übernehmenden Rechtsträgers spanischem Recht genehmigt wird, finden die Bestimmungen des Artikels 9.1 RDL 5/2023 Anwendung.

Alle Mitglieder der Leitungsorgane des übertragenden Rechtsträgers und des übernehmenden Rechtsträgers vereinbaren hiermit den folgenden gemeinsamen Verschmelzungsplan (der "**Verschmelzungsplan**"), der einzigen Gesellschafter des übernehmenden Rechtsträgers für Zwecke des spanischen Rechts zur Genehmigung vorgelegt wird.

## WIRD DAS FOLGENDE FESTGEHALTEN:

### 1. Unternehmenszusammenschlüsse (Artikel 4, 39, 40, 84 und 102 RDL 5/2023 und Artikel R.236-21 des französischen Handelsgesetzbuchs)

#### 1.1. Übertragender Rechtsträger

Der übertragende Rechtsträger, Multiassistance S.A., ist eine französische Aktiengesellschaft (*société anonyme*) nach französischem Recht mit Sitz in 19, rue Emmy Noether, 93400 Saint-Ouen-sur-Seine, Frankreich, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny unter der Nummer 413 114 901 und besitzt die spanische Steueridentifikationsnummer (NIF) N2500712A.

Das ausgegebene Grundkapital des übertragenden Rechtsträgers beträgt 48.494,10 EUR und ist in 323.294 Stammaktien mit einem Nennwert von je 0,15 EUR eingeteilt. Alle Anteile des übertragenden Rechtsträgers sind voll eingezahlt und werden direkt vom übernehmenden Rechtsträger gehalten. Der übertragende Rechtsträger hat keine weiteren Finanzinstrumente zusätzlich zu den oben beschriebenen Aktien des übertragenden Rechtsträgers ausgegeben und verpflichtet sich auch nicht, diese vor dem Vollzugsdatum auszugeben.

Ebenso ist der übertragende Rechtsträger alleiniger Gesellschafter von PROMultiTRAVAUX S.A.S.U. (nachstehend "**PROMultiTRAVAUX**" genannt), einer nach französischem Recht gegründeten vereinfachten Aktiengesellschaft (*société par actions simplifiée*) mit Sitz in 19, rue Emmy Noether, 93400 Saint-Ouen-sur-Seine, Frankreich, die im Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny unter der Nummer 529 209 207 eingetragen ist und die spanische Steueridentifikationsnummer (NIF) N2500714G besitzt. Klarstellung: PROMultiTRAVAUX wird im Rahmen dieses Zusammenschlusses von keiner der Parteien übernommen.

#### 1.2. Empfangender Rechtsträger

Der übernehmende Rechtsträger, Multiasistencia, S.A.U., ist eine spanische Aktiengesellschaft (*sociedad anónima*) nach spanischem Recht mit Sitz in Madrid, Spanien. Ihr eingetragener Sitz befindet sich in Ronda De Poniente, 7, 28760 Tres Cantos, Madrid. Multiasistencia, S.A.U. ist im Handelsregister von Madrid unter der Nummer M-229242, Band 13985, Blatt 1, der eindeutigen Registrierungskennung des Unternehmens (IRUS) 1000262299368 eingetragen und besitzt die spanische Steueridentifikationsnummer (NIF) A82261553.

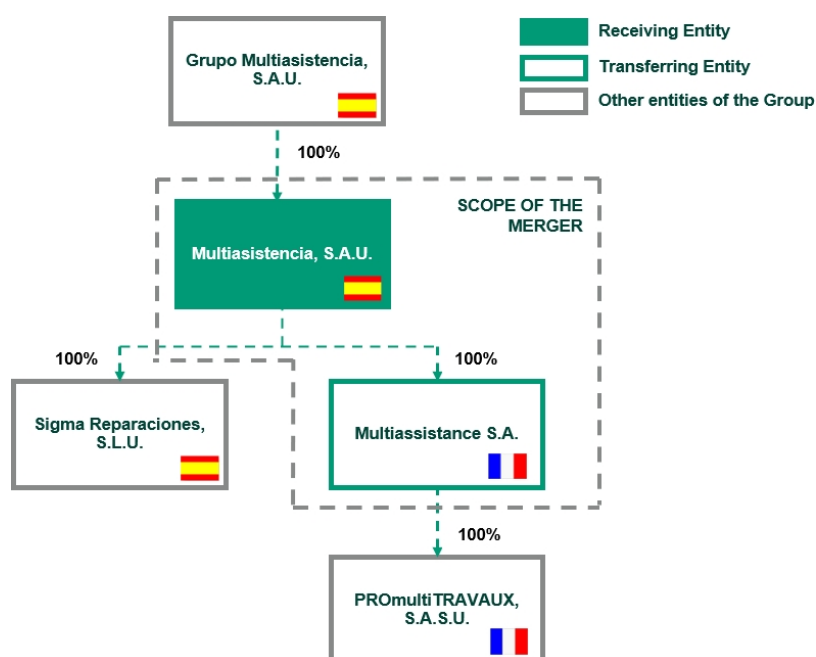
Das ausgegebene Grundkapital der übernehmenden Einheit beträgt 292.939,42 EUR und ist in 45.305 Namensaktien der Klasse A und 3.437 Namensaktien der Klasse B (Aktien der Klasse B haben kein Stimmrecht) unterteilt, die alle einen Nennwert von je 6,01 EUR haben. Alle Aktien des übernehmenden Rechtsträgers werden direkt von der Grupo Multiasistencia, S.A.U., Inhaberin der spanischen Steueridentifikationsnummer (NIF) A83830802, gehalten, die der einzige Aktionär des übernehmenden Rechtsträgers ist. Der übernehmende Rechtsträger hat nicht

neben den Anteilen an der übernehmenden Einrichtung keine weiteren Finanzinstrumente ausgegeben und ihr Grundkapital ist voll eingezahlt.

Ebenso wird hiermit erklärt, dass der übernehmende Rechtsträger alleiniger Gesellschafter des übertragenden Rechtsträgers und der Sigma Reparaciones, S.L.U. (nachstehend "**Sigma Reparaciones**" genannt), einer spanischen *Gesellschaft mit beschränkter Haftung* (*sociedad de responsabilidad limitada*) nach spanischem Recht mit Sitz in Madrid, Spanien, ist. Ihr eingetragener Sitz befindet sich in Ronda De Poniente, 7, 28760 Tres Cantos, Madrid. Sigma Reparaciones ist Handelsregister von Madrid unter dem Blatt M-311568, Band 18025, Blatt 81, der eindeutigen Registrierungskennung des Unternehmens (IRUS) 1000269288910 eingetragen und besitzt die spanische Steueridentifikationsnummer (NIF) B83411132. Klarstellung: Sigma Reparaciones wird im Rahmen dieser Fusion von keiner der Parteien übernommen.

### 1.3. Übersicht über den Umfang des Zusammenschlusses

Nachfolgend finden Sie ein Schaubild mit dem Umfang des Zusammenschlusses:



## 2. ÜBERTRAGUNG VON AKTIVA UND PASSIVA IM WEGE DER VERSCHMELZUNG DURCH AUFNAHME

### 2.1. Übertragung von Aktiva und Passiva

Der übertragende Rechtsträger als übertragender Rechtsträger wird auf den übernehmenden Rechtsträger als übernehmenden Rechtsträger im Wege einer innereuropäischen konzerninternen grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme gemäß den Bestimmungen des Ersten Buches (Titel III) der RDL 5/2023 und der Artikel L.236-1 und L.236- verschmolzen.



31 des französischen Handelsgesetzbuchs. Mit dieser Verschmelzung überträgt der übertragende Rechtsträger sein gesamtes Aktiv- und Passivvermögen (einschließlich der 100%igen Beteiligung an PROMultiTRAVAUX) als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten auf den übernehmenden Rechtsträger durch Auflösung ohne Liquidation des übertragenden Rechtsträgers, die unmittelbar der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugewiesen wird. Die Aktiva und Passiva des übertragenden Rechtsträgers zum 31. Dezember 2024 sind in der in Anhang 2.1 beigefügten Bilanz des übertragenden Rechtsträgers aufgeführt. Alle Posten, aus denen sich das übertragene Aktiv- und Passivvermögen zum Vollzugsdatum zusammensetzt, werden wie in der Präambel (C) beschrieben übertragen und zugewiesen unabhängig davon, ob sie in diesem Fusionsplan genannt werden oder nicht und ob sie den Parteien bekannt sind oder nicht.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel L.236-3 des französischen Handelsgesetzbuchs übernimmt der übernehmende Rechtsträger am das gesamte Vermögen des übertragenden Rechtsträgers in der Form, wie es ist und wo es ist. Mit Wirksamwerden der Verschmelzung geht das gesamte Aktiv- und Passivvermögen (alle Aktiva und Passiva) des übertragenden Rechtsträgers im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den übernehmenden Rechtsträger über und wird unverzüglich der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugewiesen. Der bisher von dem übertragenden Rechtsträger betriebene Geschäftsbetrieb wird von dem übernehmenden Rechtsträger (durch seine französische Niederlassung) bis zum Vollzug der Ersten Folgeverschmelzung fortgeführt, die dann wie in Präambel (C) wird beschrieben fortgesetzt

## 2.2. Übertragung von Rechten und

Pflichten Ab dem Tag der

Fertigstellung:

- (i) der übernehmende Rechtsträger ist anstelle des übertragenden Rechtsträgers persönlich für die Erfüllung oder Beendigung aller Verträge, Vereinbarungen, Abkommen und Verpflichtungen des übertragenden Rechtsträgers verantwortlich; und
- (ii) Der übertragende Rechtsträger tritt an die Stelle des übernehmenden Rechtsträgers in allen Rechten und Pflichten, die sich aus den genannten Verträgen, Übereinkommen, Vereinbarungen und Verpflichtungen ergeben können, sowie in allen Rechten, Klagen, Hypotheken, Pfandrechten, Garantien und persönlichen oder dinglichen Sicherungsrechten, die mit den infolge der Verschmelzung auf den übernehmenden Rechtsträger übertragenen Vermögenswerten und Forderungen verbunden sind.

Der übernehmende Rechtsträger ist Schuldner der Gläubiger des übertragenden Rechtsträgers und tritt an dessen Stelle, ohne dass diese Ersetzung eine Novation gegenüber den Gläubigern zur Folge hat. Der übernehmende Rechtsträger haftet für alle Verbindlichkeiten, die auf den gemäß dem Verschmelzungsplan übertragenen Vermögenswerten, Rechten und Werten lasten, wie sie zum bestehen. Es wird hiermit klargestellt, dass die Höhe der Verbindlichkeiten des übertragenden Rechtsträgers kein Schuldanerkenntnis zugunsten angeblicher Gläubiger darstellt, die in jedem Fall ihre Rechte geltend machen und den Nachweis ihrer Forderungen erbringen müssen.

Der übernehmende Rechtsträger übernimmt die Verbindlichkeiten des übertragenden Rechtsträgers, auch wenn sie nicht werden. Der übernehmende Rechtsträger ist ferner verpflichtet, unter denselben Bedingungen alle von dem übertragenden Rechtsträger eingegangenen Bürgschafts-, Indossaments- und Garantieverpflichtungen zu erfüllen, und erhält alle diesbezüglichen Rückbürgschaften, falls er zur Erfüllung dieser Garantieverpflichtungen in Anspruch genommen wird.

Der übernehmende Rechtsträger trägt und zahlt alle Steuern, Beiträge, Mieten, Prämien, Versicherungsbeiträge und allgemein alle Abgaben, die die von dem übertragenden Rechtsträger übertragenen Vermögenswerte, Rechte und Werte belasten oder belasten können.

Der übernehmende Rechtsträger ist befugt, alle rechtlichen Schritte und Transaktionen in Bezug auf die Vermögenswerte, Rechte und Wertpapiere des übertragenden Rechtsträgers zu verfolgen, einzuleiten oder zu beenden, alle Entscheidungen zu treffen und alle aufgrund von rechtlichen Entscheidungen oder Transaktionen fälligen Beträge entgegenzunehmen oder zu zahlen.

Der übernehmende Rechtsträger ist selbst dafür verantwortlich, auf eigenes Risiko alle Lizenzen, Erlaubnisse, Genehmigungen, Zulassungen und sonstigen Erlaubnisse einzuholen, die für die Ausübung der Tätigkeiten oder den Betrieb der zum übertragenen Vermögen des übertragenden Rechtsträgers gehörenden Einrichtungen erforderlich sind, und hat die für diese Tätigkeiten geltenden Gesetze, Erlasse, Anordnungen und Vorschriften einzuhalten.

Der übernehmende Rechtsträger sorgt für die tatsächliche Einziehung aller dem übertragenden Rechtsträger zustehenden Forderungen, einschließlich derjenigen, die vor dem Vollzugsdatum entstanden sind.

Was die Marken und Domännennamen und andere Rechte an geistigem oder gewerblichem Eigentum im Zusammenhang mit dem übertragenden Rechtsträger betrifft, so ist der übernehmende Rechtsträger ab dem Vollzugsdatum alleiniger Eigentümer dieser Rechte und aller damit verbundenen Rechte.

### 2.3. Verpflichtungserklärung des übertragenden Rechtsträgers

Der übertragende Rechtsträger verpflichtet sich, bis zum Vollzugsdatum seine Tätigkeiten in umsichtiger und angemessener Weise fortzuführen und nichts zu tun oder zuzulassen, was zu seinem Wertverlust führen könnte. Darüber hinaus verpflichtet sich der übertragende Rechtsträger, bis zum Vollzugsdatum ohne die Zustimmung des übernehmenden Rechtsträgers keine Verfügungen über sein Vermögen - mit Ausnahme des laufenden Geschäftsbetriebs - vorzunehmen und ohne dieselbe Zustimmung keine außerordentlichen Darlehen aufzunehmen, damit die vereinbarten Werte der Verschmelzung, auf deren Grundlage die finanziellen Grundlagen der Verschmelzung festgelegt wurden, nicht beeinträchtigt werden.

Der übertragende Rechtsträger erklärt sich bereit, rechtzeitig und wann immer erforderlich die notwendigen Schritte zur Übertragung der Verträge zu unternehmen, deren Nutzen nicht tatsächlich auf den übernehmenden Rechtsträger übertragen werden kann, außer im Wege einer Vereinbarung, einer Novation oder durch Einholung der

die Zustimmung des Mitvertragspartners oder der Gesellschaft. Konnte der übertragende Rechtsträger einen Vertrag nicht gemäß den Bestimmungen dieses Absatzes übertragen, insbesondere weil die Zustimmung des dritten Vertragspartners nicht vor dem Vollzugsdatum eingeholt werden konnte, steht das Fehlen einer solchen Zustimmung dem Vollzug der Verschmelzung nicht entgegen.

Der übertragende Rechtsträger verpflichtet sich, dem übernehmenden Rechtsträger alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen, ihm alle erforderlichen Unterschriften zu erteilen und ihm die erforderliche Unterstützung zu gewähren, um sicherzustellen, dass die Vermögenswerte und Rechte auf ihn übergehen und dass dieser Verschmelzungsplan Dritten gegenüber voll durchsetzbar ist.

Der übertragende Rechtsträger hat insbesondere auf Verlangen des übernehmenden Rechtsträgers alle zusätzlichen, wiederholenden oder bestätigenden Urkunden über diese Verschmelzung ausfertigen zu lassen und alle Begründungen und Unterschriften beizubringen, die in der Folge erforderlich sein können.

Der übertragende Rechtsträger verpflichtet sich, dem übernehmenden Rechtsträger unmittelbar nach dem Vollzugsdatum (wie nachstehend definiert) alle oben genannten Vermögenswerte und Rechte sowie alle diesbezüglichen Titel und Dokumente jeglicher Art zu übergeben und zu liefern.

### 3. VORLÄUFIGER ZEITPLAN UND WIRKSAMKEIT DER FUSION

- 3.1 Gemäß Artikel 4.1.2° RDL 5/2023 handelt es sich bei der vorgeschlagenen Unternehmensumstrukturierung um eine konzerninterne grenzüberschreitende Verschmelzung, wie in Abschnitt 2 des vorliegenden Verschmelzungsplans beschrieben. Ein vorläufiger, nicht verbindlicher Zeitplan für die Verschmelzung ist dem Verschmelzungsplan als **Anlage 3** beigefügt. Jede Abweichung von diesem vorläufigen Zeitplan hat keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit dieses Verschmelzungsplans und begründet für keine der Parteien irgendwelche Rechte.
- 3.2 Die Verschmelzung wird gemäß Artikel 106.1 RDL 5/2023 mit der Eintragung in das Handelsregister von Madrid (das "**Vollzugsdatum**") wirksam. Mit der Eintragung der Verschmelzung in Handelsregister von Madrid erlischt der übertragende Rechtsträger, sein Vermögen und seine Verbindlichkeiten gehen ohne Liquidation als Ganzes auf den übernehmenden Rechtsträger über (und werden unverzüglich der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugewiesen) und seine Aktien werden gelöscht.
- 3.3 Am Vollzugsdatum geht der Besitz aller Eigentumsurkunden, Vereinbarungen, Bescheinigungen und sonstigen Dokumente, Register, Bücher oder Aufzeichnungen, die sich auf die Vermögenswerte und Rechte des übertragenden Rechtsträgers beziehen, gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 2 auf den übernehmenden Rechtsträger über (und wird unverzüglich der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugewiesen).

4. **KEINE BERATUNG; KEINE ZUSAMMENFASSUNGSPRÜFUNG; KEIN ZUSAMMENFASSUNGSPRÜFUNGSBERICHT (Artikel 53.1 und 103.1 RDL 5/2023 und Artikel L.236-3, II 1° und L.236-11 des französischen Handelsgesetzbuchs)**
- 4.1 Der übertragende Rechtsträger ist eine 100%ige direkte Tochtergesellschaft des übernehmenden Rechtsträgers. Daher werden von dem übernehmenden Rechtsträger keine Aktien ausgegeben. Folglich ist für die Durchführung der Verschmelzung keine Erhöhung des Grundkapitals übernehmenden Rechtsträgers durch die Ausgabe neuer Aktien erforderlich und wird nicht stattfinden (Artikel 53.1.3° RDL 5/2023 und Artikel L.236-3, II 1° des französischen Handelsgesetzbuchs).
- 4.2 alle Aktien des übertragenden Rechtsträgers vollständig und unmittelbar von dem übernehmenden Rechtsträger gehalten werden und kein Umtausch von Aktien des übernehmenden Rechtsträgers in Aktien des übertragenden Rechtsträgers gemäß Artikel 53.1.1° RDL 5/2023 und Artikel L.236-3, II 1° des französischen Handelsgesetzbuchs erfolgt, enthält dieser Verschmelzungsplan folglich keine Angaben zu einem Umtauschverhältnis von Aktien (Artikel 40.3° RDL 5/2023 und Artikel L.236-3, II 1° des französischen Handelsgesetzbuchs), noch sieht er eine Übertragung neuer Aktien des übernehmenden Rechtsträgers (Artikel 40.3° RDL 5/2023), eine Gewinnbeteiligung an neuen Aktien (Artikel 40.5° RDL 5/2023) oder eine Barabfindung (Artikel 4.1.6° und 40.3° RDL 5/2023) vor, da es keine Aktionäre gibt, die das Recht haben, ihre Aktien zu verkaufen.
- 4.3 Da alle Anteile des übertragenden Rechtsträgers bis zum Vollzugsdatum vollständig und unmittelbar vom übernehmenden Rechtsträger gehalten werden, sind nach französischem Recht eine Verschmelzungsprüfung durch einen unabhängigen Gutachter (*commissaire à la fusion*) und ein Verschmelzungsprüfungsbericht gemäß Artikel L.236-11 des französischen Handelsgesetzbuchs nicht erforderlich.
- 4.4 Nach spanischem Recht ist der Verschmelzungsprüfungsbericht (*informe de experto independiente*) gemäß (i) Artikel 53.1.2° RDL 5/2023 nicht erforderlich, da der übernehmende Rechtsträger alleiniger Anteilseigner übertragenden Rechtsträgers ist, und (ii) Artikel 6.7 und 103.1 RDL 5/2023, da der alleinige Anteilseigner übernehmenden Rechtsträgers - soweit gesetzlich vorgeschrieben - auf den Verschmelzungsprüfungsbericht zum Verschmelzungsplan gemäß Artikel 6 und 41 RDL 5/2023 und den damit verbundenen Artikeln verzichtet.
5. **FUSIONSBERICHT**
- 5.1 Gemäß Artikel L.236-36 des französischen Handelsgesetzbuches wird dem übernehmenden Rechtsträger in seiner Eigenschaft als einziger Aktionär des übertragenden Rechtsträgers ein vom Verwaltungsrat des übertragenden Rechtsträgers erstellter Verschmelzungsbericht zur Verfügung gestellt.
- 5.2 Da der übernehmende Rechtsträger 100 % der Anteile des übertragenden Rechtsträgers hält und der einzige Anteilseigner des übernehmenden Rechtsträgers der Verschmelzung zustimmen wird, nach spanischem Recht kein Verschmelzungsbericht für den einzigen Anteilseigner der Parteien gemäß Artikel 9.1 und 53.1.2° RDL 5/2023.

- 5.3 Der Fusionsbericht für die Arbeitnehmer wurde gemäß den Artikeln 5, 9.2 und 85 RDL 5/2023 sowie den Artikeln L.236-36 und R.236-24 des französischen Handelsgesetzbuchs erstellt. Der Verschmelzungsbericht für die Arbeitnehmer wird den Arbeitnehmervertretern (*Betriebsräten oder comités de empresa und Personaldelegierten oder delegados de personal*) des übernehmenden Rechtsträgers sowie den Arbeitnehmervertretern (*comité social et économique*) des übertragenden Rechtsträgers zusammen mit einem Entwurf des vorliegenden Verschmelzungsplans zur Verfügung gestellt.
6. **Datum des Inkrafttretens der Fusion; Datum der Fusionsbilanz; Bewertung übertragenen Aktiva und Passiva (Artikel 40, 43, 44 und 53 RDL 5/2023 und Artikel L.236-3, I, L.236-44 und R.236-4 des französischen Handelsgesetzbuchs)**
- 6.1. Der Erwerb des Vermögens des übertragenden Rechtsträgers durch den übernehmenden Rechtsträger erfolgt mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister von Madrid (d.h. am Vollzugsdatum) und für die Rechnungslegung zwischen den Parteien mit Wirkung vom 1. Januar 2025. Von diesem Zeitpunkt an gelten alle Handlungen und Transaktionen des übertragenden Rechtsträgers als für Rechnung des übernehmenden Rechtsträgers durchgeführt (Stichtag für die Rechnungslegung der Verschmelzung im Sinne von Artikel 40.6° RDL 5/2023 und der Rechnungslegungs- und Bewertungsvorschrift Nr. 21 der allgemeinen spanischen Rechnungslegungsvorschriften (Königliches Dekret Nr. 1514/2007 vom 16. November 2007) und Artikel L.236-44 des französischen Handelsgesetzbuchs).
- 6.2. Das Datum der Übertragung und des Erwerbs für spanische Steuerzwecke ist der 1. Januar 2025.
- 6.3. Der Übertragungs- und Erwerbszeitpunkt für französische Steuerzwecke ist das Eröffnungsdatum des ersten Geschäftsjahres der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers (zum Zeitpunkt des vorliegenden Dokuments noch nicht bekannt) gemäß den in der Verwaltungslehre unter dem Aktenzeichen BOI-IS-FUS- 40-10-20, 3. Oktober 2018, Nr. 75 festgelegten Regeln.
- 6.4. Der Stichtag der Bilanzen des übernehmenden und des übertragenden Rechtsträgers, die als Fusionsbilanzen verwendet werden, ist der 31. Dezember 2024 (Artikel 40.8° und 43 RDL 5/2023 und Artikel R.236-21 9° des französischen Handelsgesetzbuchs), vorbehaltlich der französischen steuerlichen Bewertungsvorschriften.
- 6.5. Ebenso wird gemäß den Bestimmungen von Artikel 44 RDL 5/2023 festgestellt, dass der übernehmende Rechtsträger verpflichtet ist, seinen Jahresabschluss zur Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer vorzulegen, so dass seine Fusionsbilanz durch den Wirtschaftsprüfer des übernehmenden Rechtsträgers geprüft wird.
- 6.6. Für die Übertragung werden die Aktiva und Passiva des übertragenden Rechtsträgers mit dem Buchwert zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verschmelzung bewertet, wie in Kapitel IV des Titels VII von Buch II der Verordnung Nr. 2014-03 der Behörde für Rechnungslegungsstandards (*Autorité des Normes Comptables*) (aktualisiert durch die Verordnung Nr. 2017-01 vom 5. Mai 2017 und die Verordnung Nr. 2019-06 vom 8. November 2019) vorgesehen. Aus Sicht der französischen Steuerbehörden wird der Buchwert des

Aktiva und Passiva zum steuerlichen Stichtag der Verschmelzung (d.h. dem Tag der Eröffnung der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers).

- 6.7. Für die Zwecke der Artikel 40.7° und 53.1.1° RDL 5/2023 ist es nach spanischem Recht nicht erforderlich, in den Verschmelzungsplan Angaben zur Bewertung des auf den übernehmenden Rechtsträger zu übertragenden Aktiv- und Passivvermögens des übertragenden Rechtsträgers aufzunehmen.
- 6.8. Ungeachtet des Vorstehenden bezeichnet der Begriff "Vermögen" nach französischem Recht für die Zwecke dieses Vertrages im Allgemeinen das gesamte Vermögen des übertragenden Rechtsträgers, wie es am 31. Dezember 2024 besteht und wie es bis zum Vollzugsdatum (gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 2) geändert, verringert oder erhöht wird.
- 6.9. Der übernehmende Rechtsträger übernimmt alle Verbindlichkeiten des übertragenden Rechtsträgers (gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 2).
- 6.10. Am 31. Dezember 2024 belief sich das auf den übernehmenden Rechtsträger übertragene Nettovermögen des übertragenden Rechtsträgers, wie in **Anhang 2.1** näher ausgeführt, auf die Differenz zwischen den übertragenen Vermögenswerten und den übertragenen Verbindlichkeiten:

Summe der Aktiva	34.598.977 EUR
Verbindlichkeiten insgesamt	24.934.048 EUR
	=====
Übertragenes Nest-Vermögen	9.664.929 EUR

## 7. ERWARTETE AUSWIRKUNGEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG IN DEN AN DER INITIATIVE BETEILIGTEN UNTERNEHMEN

### **FUSION (Artikel 4.1.7° RDL 5/2023 und Artikel R.236-21, 11° und 12° des französischen Handelsgesetzbuchs)**

Nach Vollzug der Verschmelzung soll der übernehmende Rechtsträger auf die AP Solutions GmbH verschmolzen werden, die ihrerseits auf die Allianz Partners Deutschland GmbH verschmolzen werden soll (die Folgeverschmelzungen gemäß der Definition in Präambel (C)). Die Parteien streben den Vollzug der Nachfolgeverschmelzungen kurz nach der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister von Madrid an. Es ist jedoch zu beachten, dass die Verschmelzung, die erste Folgeverschmelzung und die zweite Folgeverschmelzung rechtlich getrennte Verschmelzungen sind.

### 7.1. Auswirkungen der Verschmelzung auf die Arbeitnehmer des übertragenden Rechtsträgers

Der übertragende Rechtsträger beschäftigte zum 28. Februar 2025 39 Arbeitnehmer in Frankreich. Es wird erwartet, dass sich die Zahl der Beschäftigten bis zum Wirksamwerden der Verschmelzung nicht wesentlich ändern wird. In Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen hat der übertragende Rechtsträger ein Personalvertretungsorgan, den Sozial- und Wirtschaftsausschuss (*comité social et économique*), ohne Anhörungsbefugnisse gewählt.

Gemäß Artikel L.1224-1 des französischen Arbeitsgesetzbuchs gehen mit der Verschmelzung des übertragenden Rechtsträgers alle Rechte und Pflichten aus den Arbeitsverträgen der Arbeitnehmer des übertragenden Rechtsträgers auf den übernehmenden Rechtsträger über (und werden unverzüglich der französischen Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugeordnet). Mit Wirksamwerden der Verschmelzung gehen daher alle Arbeitsverhältnisse Übertragenden Rechtsträgers mit allen Rechten und Pflichten automatisch auf den Übernehmenden Rechtsträger über (und werden unverzüglich der französischen Niederlassung des Übernehmenden Rechtsträgers zugeordnet). Einzelvertragliche Regelungen sowie sonstige Betriebsvereinbarungen, Zusagen, Regelungen und Anwartschaften gelten für die übergehenden Arbeitnehmer vorbehaltlich der geltenden Regelung unverändert fort. Im Zusammenhang mit der Verschmelzung sind keine Personalabbaumaßnahmen, Betriebsänderungen, Versetzungen oder Umstrukturierungen geplant. Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge, die bei dem übernehmenden Rechtsträger in Spanien gelten, sind auf die französischen Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer des übertragenden Rechtsträgers nach der Verschmelzung nicht anwendbar. Der übernehmende Rechtsträger haftet gemäß Artikel 44 des spanischen Arbeitsgesetzes (*Estatuto de los Trabajadores*) und Artikel L.1224-2 des französischen Arbeitsgesetzbuchs uneingeschränkt für alle Verbindlichkeiten, einschließlich der Rückstände, die sich aus den übertragenen Arbeitsverhältnissen ab dem Zeitpunkt des Betriebsübergangs (d.h. dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung) ergeben. Der übertragende Rechtsträger ist nicht mehr haftbar, da er aufhört zu existieren, Artikel 44 des spanischen Arbeitsgesetzes und Artikel L.236-3, I des französischen Handelsgesetzbuches. Gemäß der Präambel (C) führt die französische Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers die Geschäfte des übertragenden Rechtsträgers fort. Mit Wirksamwerden der Ersten Folgeverschmelzung werden die Arbeitnehmer des übertragenden Rechtsträgers dem Betrieb der französischen Niederlassung der AP Solutions GmbH und mit Wirksamwerden der Zweiten Folgeverschmelzung der französischen Niederlassung der Allianz Partners Deutschland GmbH zugeordnet.

Der Geschäftsbetrieb des übertragenden Rechtsträgers wird sich durch die Verschmelzung nicht ändern. Es werden keine Betriebe oder Betriebsteile des übertragenden Rechtsträgers im Zuge der Verschmelzung organisatorisch verändert, eingeschränkt oder übertragen. Der Arbeitnehmer des übertragenden Rechtsträgers bleibt derselbe und sie werden in der gleichen Weise wie vor der Verschmelzung weiterbeschäftigt. Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf die Arbeitnehmer des übertragenden Rechtsträgers und ihre Arbeitsverhältnisse (außer dem Wechsel des Arbeitgebers).

## 7.2. Auswirkungen der Verschmelzung auf die Arbeitnehmer des übernehmenden Rechtsträgers

Die übernehmende Einheit beschäftigte zum 28. Februar 2025 insgesamt 891 Arbeitnehmer in Spanien. Es wird erwartet, dass sich die Zahl der Beschäftigten bis Wirksamwerden der Verschmelzung nicht wesentlich ändern wird.

Es gibt zwei Betriebsräte (in Madrid und Sevilla) und andere Arbeitnehmervertreter (in Barcelona und Bilbao), die von der Fusion nicht betroffen sind.

Der Geschäftsbetrieb des übernehmenden Rechtsträgers wird sich durch die Verschmelzung nicht ändern. Durch die Verschmelzung werden keine Betriebe oder Betriebsteile des übernehmenden Rechtsträgers organisatorisch verändert, eingeschränkt oder übertragen.

Einzelvertragliche Bestimmungen sowie sonstige Betriebsvereinbarungen, Zusagen, Regelungen und Anwartschaften gelten unverändert fort.

Schließlich sind im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss keine Maßnahmen zum Personalabbau, betriebliche Veränderungen, Versetzungen oder Umstrukturierungen geplant.

Da die Verschmelzung nicht zur Gründung einer Europäischen Gesellschaft führt, findet das Gesetz 31/2006 vom 18. Oktober 2006 über die Beteiligung der Arbeitnehmer in Europäischen Aktiengesellschaften und Europäischen Genossenschaften keine Anwendung.

## 8. **KEINE GEWÄHRUNG VON SONDERRECHTEN ODER SONDERVORTEILEN (Artikel 4.1.3°, 4.1.5° und 40.4° RDL 5/2023 und Artikel R.236-21 des französischen Handelsgesetzbuchs)**

8.1. Die übernehmende Gesellschaft gewährt weder den Aktionären der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften noch den Inhabern von anderen Wertpapieren als Aktien der Gesellschaft Rechte im Sinne von Artikel 4.1.3° RDL 5/2023 oder Artikel R.236-21 6° des französischen Handelsgesetzbuchs und es werden keine Maßnahmen im Sinne dieser Bestimmungen vorgeschlagen.

8.2. Den Mitgliedern der Verwaltungs-, Leitungs-, Aufsichts- oder Kontrollorgane des übertragenden Rechtsträgers oder des übernehmenden Rechtsträgers wurden oder werden keine Sonderleistungen im Sinne von Artikel 4.1.5° RDL 5/2023 oder Artikel R.236-21 7° französischen Handelsgesetzbuchs gewährt.

8.3. Für die Zwecke von Artikel 40.4° RDL 5/2023 wird festgestellt, dass es in der übertragenden Körperschaft weder Arbeitsbeiträge (*aportaciones de industria*) noch Nebenbeiträge (*prestaciones accesorias*) gibt. Daher wird in dieser Hinsicht kein Ausgleich angeboten.



**9. SATZUNG DES EMPFÄNGLICHEN UNTERNEHMENS (Artikel 40.2° RDL 5/2023 und Artikel R.236-21, 10° des französischen Handelsgesetzbuches)**

Die Satzung des übernehmenden Rechtsträgers ist diesem Verschmelzungsplan als **Anlage 9** gemäß Artikel R.236-21 10° des französischen Handelsgesetzbuchs beigefügt und bildet einen integralen Bestandteil Verschmelzungsplans. Die Satzung des übernehmenden Rechtsträgers wird infolge der Verschmelzung nicht geändert und bleibt nach der Verschmelzung in der als **Anlage 9** beigefügten Fassung bestehen.

**10. ZUSAMMENFASSENDE ANGABEN AN KREDITGÄNGER (Artikel 4.1.4° RDL 5/2023 und Artikel L.236-15 des französischen Handelsgesetzbuches)**

- 10.1. Den Gläubigern wurden im Zusammenhang mit der Verschmelzung keine Sicherheiten angeboten, da nach Auffassung der Mitglieder der Leitungsorgane der Parteien die Anforderungen an die Forderung von Sicherheiten für die Gläubiger des übertragenden Rechtsträgers aufgrund der starken Finanzlage, Solvenz und Liquidität des übernehmenden Rechtsträgers nicht gelten. Etwaige gesetzliche Rechte von Gläubigern der Vertragsparteien, Sicherheiten zu verlangen, bleiben unberührt.
- 10.2. Nach spanischem Recht im Sinne von Artikel 4.1.4° RDL 5/2023 festgestellt, dass die Verschmelzung keine Auswirkungen auf die Gläubiger des übernehmenden Rechtsträgers hat, abgesehen davon, dass die Gläubiger übertragenden Rechtsträgers zu Gläubigern des übernehmenden Rechtsträgers werden und das Vermögen und die Verbindlichkeiten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge vom übertragenden Rechtsträger auf den übernehmenden Rechtsträger übergehen. Daher wird es nicht als notwendig erachtet, eine persönliche oder dingliche Garantie zusätzlich zu den Garantien zu stellen, die den Gläubigern gegebenenfalls bereits gewährt wurden.
- 10.3. Gemäß Artikel L.236-15 des französischen Handelsgesetzbuchs wird der übernehmende Rechtsträger neuer Schuldner der Gläubiger des übertragenden Rechtsträgers, ohne dass diese Ersetzung eine Novation gegenüber den Gläubigern nach sich zieht.
- 10.4. Die Gläubiger des übertragenden Rechtsträgers können unter den in L.236-15 des französischen Handelsgesetzbuchs vorgesehenen Bedingungen Einspruch erheben. Der Einspruch ist beim Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny einzulegen.
- 10.5. Ein von einem Gläubiger erhobener Einspruch darf nicht dazu führen, dass der Vollzug der Verschmelzung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen verhindert wird.
- 10.6. Dieser Fusionsplan wird gemäß den geltenden Gesetzen und Verordnungen veröffentlicht und unterliegt den in den geltenden Gesetzen und Verordnungen vorgesehenen Veröffentlichungsmaßnahmen, so dass (i) die den Gläubigern eingeräumte Einspruchsfrist nach dieser Veröffentlichung mit Ablauf der dreimonatigen Einspruchsfrist gemäß Artikel R.236-34 des französischen Handelsgesetzes abläuft

Französisches Handelsgesetzbuch (Code de commerce) und (ii) die Gläubiger des übertragenden Rechtsträgers können innerhalb von zwei Jahren nach dem Vollzugsdatum beim Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny Klage erheben.

## 11. VERTRETUNGEN DES ÜBERTRAGENDEN RECHTSTRÄGERS

Der übertragende Rechtsträger stellt dies dar:

- (i) sie wurde rechtsgültig gegründet und besteht rechtsgültig nach den für sie geltenden Gesetzen und Vorschriften;
- (ii) es war noch nie zahlungsunfähig und befindet sich nicht in einem Insolvenzverfahren, war noch nie Gegenstand eines Schutzschirmverfahrens (einschließlich eines beschleunigten Schutzschirmverfahrens), einer Zwangsverwaltung oder einer gerichtlichen Liquidation, eines Konkurses oder eines anderen ähnlichen Verfahrens, einschließlich eines Verfahrens oder einer Maßnahme zur Verhinderung und gütlichen Beilegung von geschäftlichen Schwierigkeiten, und ist im Allgemeinen in der Lage, uneingeschränkt über seine Rechte und sein Vermögen zu verfügen;
- (iii) dieser Verschmelzungsplan und der Vollzug der darin vorgesehenen Transaktionen von allen zuständigen Organen übertragenden Rechtsträgers in dem erforderlichen Umfang rechtsgültig genehmigt worden sind und dieser Verschmelzungsplan eine rechtsgültige, gültige und durchsetzbare Verpflichtung des übertragenden Rechtsträgers darstellt, die für ihn gemäß seinen Bestimmungen verbindlich ist.

## 12. VERTRETUNGEN DER EMPFANGENDEN STELLE

Die empfangende Stelle stellt dies dar:

- (i) sie wurde rechtsgültig gegründet und besteht rechtsgültig nach den für sie geltenden Gesetzen und Vorschriften;
- (ii) es war noch nie zahlungsunfähig und befindet sich nicht in einem Insolvenzverfahren, war noch nie Gegenstand eines Schutzschirmverfahrens (einschließlich eines beschleunigten Schutzschirmverfahrens), einer Zwangsverwaltung oder einer gerichtlichen Liquidation, eines Konkurses oder eines anderen ähnlichen Verfahrens, einschließlich eines Verfahrens oder einer Maßnahme zur Verhinderung und gütlichen Beilegung von geschäftlichen Schwierigkeiten, und es ist im Allgemeinen uneingeschränkt in der Lage, über seine Rechte und sein Vermögen zu verfügen; und
- (iii) dieser Fusionsplan und die Durchführung der darin vorgesehenen Transaktionen, soweit erforderlich, von allen zuständigen Organen übernehmenden Rechtsträgers rechtsgültig genehmigt worden sind und dieser Fusionsplan eine rechtsgültige, gültige und durchsetzbare Verpflichtung des übernehmenden Rechtsträgers darstellt, die für ihn gemäß seinen Bestimmungen verbindlich ist.

### 13. EINHALTUNG DER STEUER- UND SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTEN

Für die Zwecke von Artikel 40.9º RDL 5/2023 sind die Bescheinigungen der staatlichen spanischen Steuerverwaltung (*Agencia Estatal de Administración Tributaria*) und der spanischen Generalkasse der Sozialversicherung (*Tesorería General de la Seguridad Social*), die bestätigen, dass die empfangende Einrichtung ihren steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Verpflichtungen nachkommt, als **Anlage 13** beigefügt

### 14. STEUERREGIME

- 14.1. Die Verschmelzung wird im Rahmen der Sonderregelung zur Steuerneutralität durchgeführt, die in Kapitel VII des Titels VII des spanischen Gesetzes Nr. 27/2014 vom 27. November 2014 über die Körperschaftsteuer festgelegt ist, und wird, sobald sie vollzogen ist, den spanischen Steuerbehörden in Übereinstimmung mit Artikel 89.1 eines solchen Gesetzes.
- 14.2. Zu diesem Zweck stellen die Mitglieder der Leitungsorgane der Parteien fest, dass es triftige wirtschaftliche Gründe für die Durchführung der Fusion gibt, die in der Präambel (B) dieses Fusionsplans dargelegt sind.
- 14.3. Der übernehmende Rechtsträger erklärt, dass (i) seine französische Zweigniederlassung (die vor der Genehmigung der Verschmelzung durch den alleinigen Gesellschafter des übernehmenden Rechtsträgers eröffnet werden soll) der Körperschaftsteuer in Frankreich unterliegt und (ii) alle zu übertragenden Aktiva und Passiva, die derzeit auf der Ebene des übertragenden Rechtsträgers verbucht werden, (für Steuerzwecke) der französischen Zweigniederlassung des übernehmenden Rechtsträgers zugeordnet werden.
- 14.4. Gemäß Artikel 210 A des französischen Steuergesetzbuchs, der eine steuerneutrale Regelung für Fusionen vorsieht, verpflichtet sich der übernehmende Rechtsträger (über die französische Niederlassung des übernehmenden Rechtsträgers), dass er, soweit relevant,
  - (i) gemäß Artikel 210 A-3a des französischen Steuergesetzbuchs einerseits die Rückstellungen, die auf der Ebene des übertragenden Rechtsträgers einer aufgeschobenen Besteuerung unterliegen und die durch die Übertragung nicht zwecklos geworden sind, und andererseits die Sonderrücklage für langfristige Veräußerungsgewinne, die dem ermäßigten Körperschaftsteuersatz von 10 %, 15 %, 18 %, 19 % oder 25 % unterliegen, sowie die Rückstellung für Währungsschwankungen gemäß Artikel 39, 1-5º, sechster Absatz des französischen Steuergesetzbuchs in ihre Verbindlichkeiten übernehmen;
  - (ii) gemäß Artikel 210 A-3b des französischen Steuergesetzbuchs an die Stelle des übertragenden Rechtsträgers treten, um die Ergebnisse zu addieren, die auf der Ebene des übertragenden Rechtsträgers einer aufgeschobenen Besteuerung unterlegen haben;

- (iii) Artikel 210 A-3c des französischen Steuergesetzbuchs die nachträglich realisierten Veräußerungsgewinne der eingebrachten nicht abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf der Grundlage ihres steuerlichen Werts in der Buchführung des übertragenden Rechtsträgers zu ermitteln;
  - (iv) Artikel 210 A-3d des französischen Steuergesetzbuchs die zum Zeitpunkt der Verschmelzung erzielten Wertzuwächse der abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter des übertragenden Rechtsträgers zu gleichen Teilen seinem der französischen Körperschaftsteuer unterliegenden Gewinn zuzurechnen (über 15 Jahre bei Gebäuden, Rechten an diesen Gebäuden, Einrichtungsgegenständen und Grundstücken, die über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren abgeschrieben werden können, und 5 Jahre in den anderen Fällen). Die Veräußerung eines abschreibungsfähigen Wirtschaftsguts führt jedoch zur sofortigen Besteuerung des Teils des auf dieses Wirtschaftsgut entfallenden Veräußerungsgewinns, der zum Zeitpunkt der Veräußerung noch nicht zugeschrieben werden konnte. Im Gegenzug werden die späteren Abschreibungen und Veräußerungsgewinne nach dem Wert berechnet, der ihnen zum Zeitpunkt der Einbringung (falls zutreffend) beigemessen wurde. Ab dem Steuerjahr, in dem der übernehmende Rechtsträger in Anwendung von Artikel 39 Absatz 1 Ziffer 2° dritter Gedankenstrich des französischen Steuergesetzbuchs die Abschreibung eines in seinen Büchern ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerts (fonds commercial) von seinem steuerpflichtigen Einkommen abzieht, fällt dieser Geschäfts- oder Firmenwert unter diesen iv); wenn dieser Geschäfts- oder Firmenwert nicht zu einer vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogenen Abschreibung führt, fällt er unter diesen iii); und
  - (v) gemäß Artikel 210 A-3e des französischen Steuergesetzbuchs die anderen Bestandteile als das Anlagevermögen zu ihrem steuerlichen Wert in der Buchführung des übertragenden Rechtsträgers zu oder gegebenenfalls den Gewinn, der der Differenz zwischen dem neuen Wert dieser Bestandteile und ihrem steuerlichen Wert in der Buchführung des übertragenden Rechtsträgers entspricht, in das Ergebnis des Geschäftsjahres einzubeziehen, in dem die Verschmelzung erfolgt.
- 14.5. Der Aufnehmende Rechtsträger (handelnd durch die französische Niederlassung des Aufnehmenden Rechtsträgers) wird:
- (i) die in Artikel 54 Abschnitt I der französischen Abgabenordnung genannten Unterlagen nach dem von den französischen Steuerbehörden vorgegebenen Muster einzureichen; und
  - (ii) das in Artikel 54 septies II des französischen Steuergesetzes genannte Register auszufüllen und den französischen Steuerbehörden zur Verfügung zu stellen.
- 14.6. Da die Verschmelzung auf der Grundlage des Nettobuchwerts des übertragenen Vermögens erfolgt, werden die Einträge in der Steuerbilanz des übertragenden Rechtsträgers in Bezug auf dieses Vermögen gegebenenfalls vom übernehmenden Rechtsträger (über dessen französische Niederlassung) vorgenommen, indem die ursprünglichen Werte, Abschreibungen und Rückstellungen des übertragenden Rechtsträgers aufgeschlüsselt werden.

Buchhaltung des Unternehmens gemäß den Vorschriften der Verwaltungslehre unter der Referenz BOI-IS-FUS-30-20, 15. April 2020, Nr. 10.

14.7. Das empfangende Unternehmen (handelnd durch die französische Niederlassung des empfangenden Unternehmens) muss:

- (i) den Einkommenssteuererklärungen der französischen Zweigniederlassung des empfangenden Unternehmens die in Artikel 54 septies I des französischen Steuergesetzbuchs und Artikel 38 quinquies des Anhangs III des französischen Steuergesetzbuchs genannten Erklärungen zur Ermittlung des Steuerwerts beizufügen, die gemäß dem von den Steuerbehörden bereitgestellten Formular erstellt werden; und
- (ii) das in Artikel 54 septies II des französischen Steuergesetzes vorgesehene Register zur Verfügung der Steuerbehörden zu halten.

14.8. Der übertragende Rechtsträger muss:

- (i) seiner Körperschaftssteuererklärung für das Geschäftsjahr 2024 das Dokument gemäß Artikel 54 septies I des französischen Steuergesetzbuchs und Artikel 38 quinquies des Anhangs III des französischen Steuergesetzbuchs beizufügen, das gemäß dem von den Steuerbehörden bereitgestellten Formular erstellt wurde; und
- (ii) seiner letzten Steuererklärung die besondere Erklärung (Formular Nr. 2260) gemäß Artikel 210-0 A IV der französischen Abgabenordnung sowie Artikel 46 I-0 ZS ter des Anhangs III der französischen Abgabenordnung beizufügen.

## 15. **SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

15.1. Sollte eine Bestimmung dieses Fusionsplans unwirksam, undurchführbar oder undurchsetzbar sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Die Parteien verpflichten sich vielmehr, die unwirksame, undurchführbare oder undurchsetzbare Bestimmung durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der unwirksamen, undurchführbaren oder undurchsetzbaren Bestimmung in rechtlich zulässiger Weise so nahe wie möglich kommt.

15.2. Ausschließlicher Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit diesem Verschmelzungsplan ist - soweit gesetzlich zulässig - Madrid, Spanien. Jede der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften wird auch die Bestimmungen und Formalitäten des für sie geltenden nationalen Rechts einhalten.

[*Unterschriftenseiten*]

**ANHANG 2.1**  
**BILANZ DES ÜBERTRAGENDEN UNTERNEHMENS ZUM 31.**  
**DEZEMBER 2024**

Vermögenswerte	Vom 01/01/2024 bis 31/12/2024			Zum 31.12.2023
	Brutto	Abschreibungen und Amortisationen	Netz	Netz
Nicht eingefordertes gezeichnetes Kapital				
<b>Anlagevermögen</b>				
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>				
Gründungskosten	111 547	111 547		
Entwicklungskosten	157 245	147 049	10 196	21 049
Konzessionen, Patente und ähnliche Rechte				
Geschäfts- oder Firmenwert				
Sonstige immaterielle Vermögenswerte				
Forderungen aus immateriellen Anlagegütern				
<b>Sachanlagen</b>				
Grundstücke Gebäude				
Bauten				
Technische Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen Sonstige Sachanlagen	39 995	32 826	7 169	12 546
Sachanlagen im Bau Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				
<b>Finanzielle Immobilisierungen</b>				
Kapitalbeteiligungen				
Andere				
Darlehen an Tochtergesellschaften und verbundene Unternehmen	25 000		25 000	25 000
Langfristige Investitionen in Portfoliunternehmen				
Sonstige Finanzimmobilisierungen				
Darlehen	63 098		63 098	63 458
Andere				
<b>ANLAGEVERMÖGEN</b>	<b>396 885</b>	<b>291 422</b>	<b>105 463</b>	<b>122 052</b>
<b>Umlaufvermögen</b>				
<b>Vorräte und unfertige Erzeugnisse</b>				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
Unfertige Erzeugnisse und Leistungen:				
- Waren	2 571 009		2 571 009	2 617 219
- Dienstleistungen				
Zwischen- und Fertigerzeugnisse				
Waren				
Bezahlte Forderungen aus Aufträgen				
<b>Forderungen</b>				
Handelskonten				
Andere	2 886 155		2 886 155	2 913 637
Gezeichnetes und eingefordertes, nicht eingezahltes Kapital	28 943 143	1 070 767	27 872 376	25 142 204
<b>Marktgängige Wertpapiere</b>				
Eigene Aktien				
Sonstige Wertpapiere				
<b>Kassenmittel</b>	<b>1 140 445</b>		<b>1 140 445</b>	<b>964 003</b>
<b>Verfügbare Mittel</b>	<b>23 528</b>		<b>23 528</b>	<b>11 513</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
<b>KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE</b>	<b>35 564 281</b>	<b>1 070 767</b>	<b>34 493 514</b>	<b>31 648 577</b>
Abgegrenzte Kosten der Darlehensvergabe				
Prämien für die Rückzahlung von Anleihen				
Umrechnungsdifferenzen von Vermögenswerten				
<b>VERMÖGEN INSGESAMT</b>	<b>35 961 166</b>	<b>1 362 189</b>	<b>34 598 977</b>	<b>31 770 629</b>



**BILANZ - PASSIVA****Bequemlichkeit Umrechnung**

Verbindlichkeiten	Ab 01/01/2024	Ab 01/01/2023
	Zum 31.12.2024	Zum 31.12.2023
<b>Eigenkapital</b>		
Aktien- oder Privatkapital (davon eingezahlt) <input type="text" value="48 494"/>	48 494	48 494
Agio, Fusionsprämie, Einlageprämie	1 516 400	1 516 400
Abweichung bei der Neubewertung		
Bewertungsdifferenzen		
Reserven		
- Rechtliches	4 850	4 850
- Gesetzlich oder vertraglich		
- Geregelt		
- Andere		
Einbehaltene Gewinne		
<b>Gewinn oder Verlust des Jahres</b>	<b>8 077 685</b>	<b>1 708 833</b>
Investitionszuschüsse		
Geregelte Bestimmungen		
<b>EIGENKAPITAL</b>	<b>9 647 429</b>	<b>3 278 576</b>
<b>Sonstiges Eigenkapital</b>		
Erlöse aus der Ausgabe von rückzahlbaren Aktien		
Bedingte Vorschüsse		
Andere		
<b>SONSTIGES EIGENKAPITAL</b>		
<b>Rückstellungen für Verbindlichkeiten und Kosten</b>		
- Risiken		
Rückstellungen für :	17 500	17 500
- Entgelte		
<b>RÜCKSTELLUNGEN FÜR VERBINDLICHKEITEN UND KOSTEN</b>	<b>17 500</b>	<b>17 500</b>
<b>Darlehen und Anleihen</b>		
Darlehen aus Wandelanleihen		
Sonstige Anleihen		
- Mit Banken		
Anleihen und Schulden :	32	
- Andere		
Erhaltene Anzahlungen und Kautionen auf Bestellungen	3 114 641	3 231 842
- Lieferanten und zugehörige Konten	14 896 255	19 725 826
Schulden :	1 860 169	1 422 142
- Steuern und Sozialversicherung		
- Über Anlagevermögen und zugehörige Konten		76
Sonstige Verbindlichkeiten	5 062 951	4 094 666
Kassainstrumente		
Aufgeschobene Einnahmen		
<b>DARLEHEN UND SCHULDEN</b>	<b>24 934 048</b>	<b>28 474 553</b>
Umrechnungsdifferenzen von Verbindlichkeiten		
<b>GESAMTVERBINDLICHKEITEN</b>	<b>34 598 977</b>	<b>31 770 629</b>

**ANHANG 3**  
**INDIKATIVER ZEITPLAN FÜR DIE**  
**FUSION**

Der vorläufige, nicht verbindliche Zeitplan für den Zusammenschluss sieht nach Ansicht der Parteien wie folgt aus

<b>Vorläufiger Zeitplan für den Zusammenschluss</b>	
<b>Voraussichtliches Datum</b>	<b>Veranstaltung</b>
<b>Ende März 2025</b>	Erstellung der Jahresabschlüsse, einschließlich der Fusionsbilanzen für den übertragenden Rechtsträger und den übernehmenden Rechtsträger.
<b>Zwischen 7 und 11 April 2025</b>	Beschlüsse des Verwaltungsrats des übertragenden Rechtsträgers zur Genehmigung der Verschmelzung.
<b>Zwischen 7 und 11 April 2025</b>	Genehmigung des Verschmelzungsplans und des Verschmelzungsberichts durch die Mitglieder der Leitungsorgane des übertragenden Rechtsträgers und des übernehmenden Rechtsträgers.
<b>Zwischen 7 und 11 April 2025</b>	Einreichung des ausgeführten Fusionsplans im Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny und im Handelsregister von Madrid. Veröffentlichung des Fusionsvertrags im französischen Staatsanzeiger (BODACC) und der Zeitung Les Echos.
<b>Zwischen dem 21. Mai und 27. Mai 2025</b>	Einzigste Gesellschafterbeschlüsse des übernehmenden Rechtsträgers zur Genehmigung des Verschmelzungsplans und der Verschmelzung.
<b>Zwischen dem 21. Mai und 27. Mai 2025</b>	Veröffentlichung der Fusionsvereinbarung im spanischen Amtsblatt (BORME) und in einer der auflagenstärksten Zeitungen der Provinz Madrid.
<b>Zwischen dem 21. Mai und 27. Mai 2025</b>	Beurkundung des Zusammenschlusses in Spanien.
<b>Zwischen dem 21. Mai und 27. Mai 2025</b>	Antrag auf Ausstellung der Fusionsbescheinigung durch das Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny.
<b>Juli 2025</b>	Einreichung der Fusionsbescheinigung beim Handelsregister Madrid durch das Handels- und Gesellschaftsregister Bobigny.
<b>Juli 2025</b>	Eintragung in das Handelsregister von Madrid.
<b>August 2025</b>	Mitteilung des Fertigstellungsdatums durch das Handelsregister von Madrid an das Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny.
<b>September 2025</b>	Löschung des übertragenden Rechtsträgers durch das Handels- und Gesellschaftsregister von Bobigny.

**ANHANG 9**  
**DIE SATZUNG DER ÜBERNEHMENDEN EINRICHTUNG**

ARTIKEL 1. - NAME - Gesellschaft führt den Namen "MULTIASISTENCIA, S.A." und unterliegt den Bestimmungen dieser Satzung und, sofern darin keine Bestimmungen enthalten sind, dem Königlichen Gesetzesdekret 1564/1989 vom 22. Dezember 1989, mit dem die Neufassung des spanischen Aktiengesetzes und andere für sie geltende gesetzliche Bestimmungen genehmigt wurden.

ARTIKEL 2.- Der Zweck der Gesellschaft ist:

- a) Verwaltung von Ansprüchen, die ihr von verschiedenen Versicherungsgesellschaften gestellt werden.
- b) Die Vermittlung und Verwaltung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Schadensermittlungs- und Überprüfungsdiensten, die im Bereich der Verwaltung von Hausratversicherungsansprüchen anvertraut werden.
- c) Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Haushaltshilfe durch die Verwaltung von Ansprüchen über die verschiedenen Callcenter im Rahmen dieser Tätigkeit und die Durchführung von Verwaltungsaufgaben.
- d) Die Ausübung von Vermittlungsfunktionen und die Vermittlung aller Arten von Fachleuten im Bereich der Haushaltshilfe, Reparaturen und Renovierungen (Klempner, Elektriker, Maurer, Installateure, Maler, Tischler, Elektriker usw.) an Privatpersonen oder öffentliche oder private Einrichtungen, die solche Reparaturen und Renovierungen benötigen und die Dienstleistungen des Unternehmens in Anspruch nehmen.
- e) Die Erbringung von häuslichen Hilfsdiensten, Reparaturen und Renovierungen durch Auslagerung dieser Dienste an die jeweiligen Fachleute oder Unternehmen, die Reparatur- oder Hilfsdienste anbieten.
- f) Die Erbringung von Zusatz- oder Hilfsdienstleistungen für Unternehmen, entweder durch Mittel oder durch eine Einzelperson oder eine öffentliche oder private Einrichtung, die diese Dienstleistungen erbringt, in Bezug auf die von vermarkteten Produkte oder Dienstleistungen. Insbesondere Dienstleistungen, die darin bestehen, Vorteilspakete anzubieten, um Nutzer oder Mitarbeiter an die Unternehmen zu binden, die diese Dienstleistung von der Gesellschaft in Anspruch nehmen.
- g) Vermittlung von Garantieverlängerungen für alle Arten von Produkten, unabhängig davon, ob sie von der Gesellschaft produziert, kreiert oder hergestellt wurden oder nicht.
- h) Vermittlung und/oder Verwaltung im Zusammenhang mit der Erbringung von Wartungsdiensten für Heizkessel, die in allen Arten von Immobilien installiert sind, durch eine Einzelperson oder eine öffentliche oder private Einrichtung, die solche Dienste erbringt.

Solche Tätigkeiten können von der Gesellschaft ganz oder teilweise, direkt oder indirekt, durch Gründung neuer Gesellschaften sowie durch Besitz von Anteilen an anderen Gesellschaften mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck ausgeübt werden. Soweit gesetzliche Vorschriften eine

Wenn die Gesellschaft für die Ausübung einer der in ihrem Gesellschaftszweck genannten Tätigkeiten eine berufliche Qualifikation oder eine behördliche Genehmigung oder eine Eintragung in ein öffentliches Register benötigt, müssen diese Tätigkeiten von einer Person ausgeübt werden, die über diese berufliche Qualifikation verfügt, und dürfen gegebenenfalls erst aufgenommen werden, wenn die festgelegten behördlichen Anforderungen erfüllt sind. Daher sind Tätigkeiten, deren Ausübung besonderen gesetzlichen Anforderungen unterliegt, die von der Gesellschaft nicht erfüllt werden, und insbesondere Tätigkeiten, die durch die Wertpapiermarktgesetzgebung ausschließlich den Betreibern solcher Märkte vorbehalten sind, vom Unternehmensgegenstand ausgeschlossen.

ARTIKEL 3.- SITZ DER GESELLSCHAFT. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Tres Cantos (Madrid), calle Ronda de Poniente nº 7.

Das Leitungsorgan kann die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft beschließen, die darin besteht, den Sitz innerhalb derselben Gemeinde zu verlegen, sowie die Gründung, Aufhebung und Verlegung von Zweigniederlassungen, Agenturen, Delegationen, Vertretungen und Dependancen sowohl in Spanien als auch im Ausland.

ARTIKEL 4.- LAUFZEIT. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit gegründet und nimmt ihre Tätigkeit am Tag der Unterzeichnung der Gründungsurkunde auf.

ARTIKEL 5 - Das Grundkapital wird auf zweihundertzweiundneunzigtausendneunhundertneunddreißig Euro und zweiundvierzig Cents (292.939,42 Euro) festgesetzt, eingeteilt in 45.305 Namensaktien der Serie A mit einem Nennwert von je 6,01 Euro, die von 1 bis 45.305 nummeriert sind, und 3.437 Namensaktien der Serie B mit einem Nennwert von je 6,01 Euro, die von 1 bis 3.437 durchnummeriert sind.

Aktien der Klasse A oder Stammaktien verleihen ihrem rechtmäßigen Inhaber den Status eines Aktionärs sowie die gesetzlich und satzungsgemäß anerkannten Rechte.

Aktien der Klasse B verleihen ihrem rechtmäßigen Inhaber den Status eines Aktionärs sowie alle Rechte von Stammaktien mit Ausnahme des Stimmrechts.

Die Inhaber von stimmrechtslosen Aktien haben Anspruch auf eine variable jährliche Mindestdividende in Höhe von fünf Prozent des eingezahlten Kapitals für jede stimmrechtslose Aktie.

Alle Aktien sind Namensaktien, die vollständig gezeichnet und eingezahlt sind.

Die Gesellschaft kann unter den Bedingungen und vorbehaltlich der im Gesetz festgelegten Anforderungen vorläufige Quittungen und Sammelanteilscheine ausgeben. Die Aktienzertifikate müssen mindestens die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben enthalten.

## ÜBERTRAGUNG VON ANTEILEN

ARTIKEL 6.- Die Übertragung von Aktien unter Lebenden oder von Todes wegen ist unbeschränkt, wenn sie zugunsten eines anderen Aktionärs, seines Ehegatten, seiner Nachkommen oder seiner Verwandten in aufsteigender Linie erfolgt.

ARTIKEL 7 - Unbeschadet Bestimmungen des vorstehenden Artikels muss ein Aktionär, der beabsichtigt, alle oder einen Teil seiner Aktien unter Lebenden zu übertragen, dies dem Leitungsorgan in ordnungsgemäß beglaubigter Form mitteilen und dabei die Aktien, die er zu übertragen beabsichtigt, die Identität des Erwerbers, den Preis oder den Wert der Aktien und die sonstigen Bedingungen der Übertragung angeben.

Das Leitungsorgan teilt dies den Gesellschaftern innerhalb von fünfzehn Tagen mit. Innerhalb von fünfzehn Tagen nach Erhalt der Mitteilung können die Gesellschafter wählen, ob sie die Anteile erwerben wollen; machen mehrere Gesellschafter von diesem Recht Gebrauch, so werden die Anteile unter ihnen entsprechend der Zahl der von ihnen gehaltenen Anteile aufgeteilt.

Verstreicht diese Frist, ohne dass die Aktionäre von ihrem Gebrauch machen, kann die Gesellschaft innerhalb der folgenden zwanzig Tage beschließen, die Aktien zu erwerben, wobei alle im Gesellschaftsrecht vorgesehenen Voraussetzungen und Folgen zu beachten sind.

Erklärt keiner der Gesellschafter oder die Gesellschaft ihr Recht auf Erwerb der Anteile, kann der Gesellschafter diese innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf der letzten der genannten Fristen übertragen. Verstreicht diese Frist, ohne dass die Veräußerung der Geschäftsanteile wirksam wird, muss das Verfahren erneut eingeleitet werden.

Für die Ausübung des in diesem Artikel festgelegten Vorkaufsrechts ist der Preis oder der Wert der Aktien im Streitfall derjenige, der vom Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft oder, in Ermangelung desselben, vom Wirtschaftsprüfer, der von der dem der Gesellschaft entsprechenden Handelsregistrierstelle auf Antrag einer der Parteien ernannt wird, bestimmt wird, sie sich nicht über die Bestimmung des Wirtschaftsprüfers einigen können.

ARTIKEL 8.- Unbeschadet des Artikels 6 dieser Satzung haben bei Übertragungen von Aktien von Todes wegen oder infolge eines gerichtlichen oder behördlichen Vollstreckungsverfahrens die Aktionäre und die Gesellschaft das gleiche, wobei die Fristen ab dem Zeitpunkt berechnet werden, zu dem die Erwerber der Aktien deren Eintragung in das Register der Namensaktien beantragen. Im Falle einer Abweichung wird der Erwerbspreis wie im vorstehenden Artikel festgelegt. Sind diese Fristen verstrichen, ohne dass die Aktionäre oder die Gesellschaft von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, so die Aktien im Aktienregister auf den Namen des Erwerbers von Todes wegen oder des Preisträgers im Vollstreckungsverfahren eingetragen.

ARTIKEL 9. - DINGLICHE RECHTE AN AKTIEN UND ERWERB EIGENER AKTIEN. In allen Fragen im Zusammenhang mit Miteigentum, Nießbrauch und *dinglichen* Rechten an Anteilen sowie mit dem eigenen

Für die Regelung des Erwerbs von Aktien die Bestimmungen des Königlichen Gesetzesdekrets 1564/1989 vom 22. Dezember 1989, mit dem die Neufassung des spanischen Aktiengesetzes verabschiedet wurde.

ARTIKEL 10. ORGANE DER GESELLSCHAFT. Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung als oberstes beratendes Organ, das den Willen der Gesellschaft durch Mehrheitsbeschluss in den in seine Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten zum Ausdruck bringt, und das geschäftsführende Organ, dem die Leitung, Verwaltung und Vertretung der Gesellschaft mit den ihm durch das Gesetz und diese Satzung übertragenen Befugnissen obliegt.

### **HAUPTVERSAMMLUNGEN**

ARTIKEL 11. - Die Aktionärsversammlung ist das souveräne Organ der Gesellschaft, mit voller Befehlsgewalt und kann jährlich oder zu besonderen Anlässen stattfinden.

Die Jahreshauptversammlung muss innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Jahres abgehalten werden, um die Geschäftsführung zu prüfen, gegebenenfalls den Jahresabschluss des Vorjahres zu genehmigen und über die Gewinnverteilung bzw. Verlustzuweisung zu beschließen.

Alle anderen Gesellschafterversammlungen sind außerordentliche. Das Leitungsorgan muss Gesellschafterversammlungen einberufen, wenn es dies im Interesse der Gesellschaft für angebracht hält oder wenn dies von einem Notar im Namen von Gesellschaftern, die mindestens fünf Prozent des Stammkapitals vertreten, unter Angabe der zu behandelnden Punkte beantragt wird. Im letzteren Fall muss die Gesellschafterversammlung innerhalb von dreißig Tagen einberufen werden.

ARTIKEL 12.- Alle Hauptversammlungen müssen durch eine Bekanntmachung im Amtsblatt des Handelsregisters und in einer der auflagenstärksten Zeitungen der Provinz, in der der Sitz der Gesellschaft befindet, einberufen werden, außer in den in Artikel 240 des spanischen Aktiengesetzes festgelegten Fällen der Verschmelzung und Abspaltung.

In jedem Fall muss diese Mitteilung vor dem Datum der Veröffentlichung einer der vorgenannten Anzeigen erfolgen. Darin kann auch der Tag angegeben werden, an dem die Hauptversammlung gegebenenfalls in zweiter Einberufung abgehalten wird. Zwischen der ersten und der zweiten Versammlung muss ein Zeitraum von mindestens vierundzwanzig Stunden liegen.

Ungeachtet des Vorstehenden gilt die Hauptversammlung als einberufen und gültig konstituiert, wenn das gesamte Aktienkapital anwesend ist und die Anwesenden einstimmig der Durchführung der Versammlung zustimmen.

ARTIKEL 13.- Die Hauptversammlung ist in erster Einberufung gültig, wenn die persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesenden Aktionäre mindestens 25 % des gezeichneten stimmberechtigten Kapitals besitzen. Die Hauptversammlung ist unabhängig vom anwesenden Kapital in der zweiten Einberufung gültig konstituiert.

Damit die ordentliche oder außerordentliche Hauptversammlung über die Ausgabe von Schuldverschreibungen, Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen, die Änderung der Rechtsform, die Verschmelzung oder Abspaltung der Gesellschaft und allgemein über Satzungsänderungen gültig beschließen kann, ist bei der ersten Einberufung die persönliche Anwesenheit oder die Vertretung von Aktionären erforderlich, die mindestens 50 % des gezeichneten stimmberechtigten Grundkapitals halten. Bei der zweiten Einberufung genügt die Anwesenheit von 25 % des gezeichneten stimmberechtigten Grundkapitals. Sind Aktionäre anwesend, die weniger als 50 % des gezeichneten stimmberechtigten Grundkapitals vertreten, so können die Beschlüsse nur mit der Zustimmung von zwei Dritteln des in der Hauptversammlung persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesenden Grundkapitals wirksam gefasst werden.

ARTIKEL 14.- Zur Teilnahme an den Hauptversammlungen sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien fünf Tage vor dem Tag der Versammlung in das Register der Namensaktien eingetragen haben.

Jeder Aktionär kann sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen, unabhängig davon, ob er Aktionär ist oder nicht, und zwar zu den in den Artikeln 106, 107 und 108 des spanischen Aktiengesetzes vorgesehenen Bedingungen.

ARTIKEL 15.- Für Ort und Zeit der Gesellschafterversammlung sowie für deren Leitung gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Teilnehmerliste, Auskunftsrecht und Protokoll der Versammlung.

Hinsichtlich der Art und Weise der Beratung und Beschlussfassung sind die folgenden Regeln zu beachten: Nach Beendigung der ordnungsgemäßen Einberufung der Gesellschafterversammlung ruft der Vorsitzende diese zur Ordnung und verliest die Tagesordnung. Jeder Punkt der Tagesordnung ist gesondert zu behandeln. Der Vorsitzende leitet die Aussprache und erteilt das Wort in der Reihenfolge Wortmeldungen; die Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen, sofern nicht auf Beschluss des Vorsitzenden oder auf Antrag der Mehrheit der Anwesenden geheim abgestimmt werden muss.

ARTIKEL 16.- Jede Aktie hat eine Stimme. Die Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen gefasst, es sei denn, das Gesetz schreibt eine qualifizierte Mehrheit vor; in diesem Fall gelten die Bestimmungen des Gesellschaftsrechts.

### **KÖRPERMANAGEMENT**

ARTIKEL 17.- Die Gesellschaft wird von einem einzigen Direktor geleitet, verwaltet und vertreten, der sein Amt für einen Zeitraum von sechs Jahren ausübt und für eine gleich lange Amtszeit wiederbestellt werden kann.

ARTIKEL 18.- Ohne Inhalt.

ARTIKEL 19.- Ohne Inhalt.

ARTIKEL 20.- Das geschäftsführende Organ der Gesellschaft vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich in der vom Gesetz und dieser Satzung vorgesehenen Form.

Die Vertretung erstreckt sich auf alle Angelegenheiten, die zum Gesellschaftszweck und zur Tätigkeit und zum Handel der Gesellschaft gehören, einschließlich derjenigen, für die nach den zivil- oder handelsrechtlichen Vorschriften oder nach den Handels- oder Bankgepflogenheiten eine ausdrückliche Vollmacht oder ein Mandat erforderlich ist.

Besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Handlung oder dem Vertrag und dem Gesellschaftszweck, so gibt das im Namen der Gesellschaft handelnde Leitungsorgan erforderlichenfalls schriftlich an, welcher Zusammenhang zwischen dem Geschäft und dem Gesellschaftszweck besteht.

Gehört die Angelegenheit nicht zum Gesellschaftszweck oder zur Tätigkeit der Gesellschaft, so hat das geschäftsführende Organ, das sie vertreten soll, im Innenverhältnis die vorherige Genehmigung der Gesellschafterversammlung einzuholen, es sei denn, es handelt sich um einen dringenden Fall, der keinen Aufschub duldet. Das geschäftsführende Organ haftet gegenüber der Gesellschaft für den von ihm verursachten Schaden, wenn die Gesellschaft trotz der Überschreitung seiner Befugnisse Dritten gegenüber nach dem Gesetz verpflichtet ist.

ARTIKEL 21.- Für alle Fragen im Zusammenhang mit der Haftung von Vorstandsmitgliedern oder Direktoren, Haftungsklagen und der Anfechtung von Beschlüssen des Vorstands die gesetzlichen Bestimmungen.

ARTIKEL 22.- Das Leitungsorgan ernennt und entlässt nach freiem Ermessen einen oder mehrere Geschäftsführer oder Generaldirektoren unter Angabe ihrer Pflichten, der von ihnen zu leistenden Sicherheiten, ihrer Aufgaben und ihrer Bezüge. Bei der Vertretung der Gesellschaft handeln gemäß den ihnen übertragenen Befugnissen.

ARTIKEL 23 - VERGÜTUNG DER DIREKTOREN VERGÜTUNG. Das Amt eines Mitglieds des Leitungsorgans wird nicht vergütet.

Die Generaldirektion der Gesellschaft, d.h. die Position des Generaldirektors oder Senior Managers der Gesellschaft, ist eine Position oder ein Gremium, das sich vom Vorstand unterscheidet und diesem untergeordnet ist, und die Kumulierung, Vereinbarkeit und Gleichzeitigkeit des Doppelstatus als Mitglied des Vorstands und/oder Chief Executive Officer und Generaldirektor oder Senior Manager ist zulässig.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Organs, die ständige Führungsaufgaben in der Gesellschaft wahrnehmen, unabhängig davon, ob es sich bei dem Verhältnis zur Gesellschaft um ein Arbeitsverhältnis oder ein selbständiges Auftragsverhältnis handelt, oder die der Gesellschaft professionelle Dienstleistungen erbringen, haben Anspruch auf eine vertragliche Vergütung für die Wahrnehmung dieser Aufgaben und/oder die Erbringung dieser Dienstleistungen, die den Marktbedingungen sowie der Verantwortung und den Aufgaben der einzelnen Führungskräfte entspricht.



Diese Vergütung steht in keinem Zusammenhang mit ihrer Funktion als Mitglied des Leitungsorgans und ist von dieser unabhängig.

Die Vergütung der Mitglieder des geschäftsführenden Organs, die ständige Führungsaufgaben in der Gesellschaft wahrnehmen, kann sich zusammensetzen aus: einer festen Komponente, die der geleisteten Arbeit, den erbrachten professionellen Dienstleistungen und der übernommenen Verantwortung entspricht; einem zusätzlichen variablen Betrag, der vom Grad der Erfüllung der vertraglich festgelegten Ziele abhängt; der Lieferung von Aktien oder Aktienoptionen auf Aktien der Gesellschaft und einer Entschädigung im Falle der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder des selbständigen Auftragnehmers durch die Gesellschaft, die nicht auf eine Verletzung ihrer Aufgaben zurückzuführen ist.

Die Entschädigung, auf die der Generaldirektor aufgrund der Beendigung seines Verhältnisses zur , unabhängig davon, ob es sich ein Arbeitsverhältnis oder ein selbständiges Beschäftigungsverhältnis handelt, aus Gründen, die nicht mit seiner Pflichten zusammenhängen, Anspruch hat, ist wie folgt: (i) Erfolgt die Beendigung vor dem 17. April 2010, so entspricht die Entschädigung dem Betrag, der sich aus der Multiplikation der festen jährlichen Vergütung des Geschäftsführers mit 3,33; (ii) erfolgt die Kündigung zwischen dem 17. April 2010 und dem 17. April 2015, so wird die Entschädigung berechnet, indem der Betrag, der sich aus der Multiplikation der festen Jahresvergütung des Geschäftsführers mit 3,33 ergibt, für jedes Jahr, das zwischen dem 17. April 2010 und dem Kündigungsdatum verstrichen ist, um 100.000 Euro gekürzt wird; (iii) erfolgt die Kündigung ab dem 17. April 2015, so entspricht die Entschädigung der festen Jahresvergütung des multipliziert mit 1,66.

ARTIKEL 24 - ÄNDERUNG DER SATZUNG. ERHÖHUNG UND VERRINGERUNG DES ANTEILS KAPITAL. Die Änderung der Satzung, die Erhöhung und die Herabsetzung des Aktienkapitals werden in Übereinstimmung mit dem Königlichen Gesetzesdekret 1564/1989 vom 22. Dezember 1989 geregelt, mit dem der überarbeitete Text des spanischen Aktiengesetzes genehmigt wird.

#### **PRÜFUNG DER JAHRESABSCHLÜSSE, DES GESCHÄFTSJAHRES, DER RÜCKLAGEN DES UNTERNEHMENS, DER ERTRÄGE UND DER AUSSCHÜTTUNG**

ARTIKEL 25.- Das Steuerjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

ARTIKEL 26.- Die Aktionäre haben Anspruch auf eine Gewinnausschüttung im Verhältnis zu ihren jeweiligen Anteilen am Aktienkapital, sobald die gesetzliche Rücklage und andere gesetzlich festgelegte Erfordernisse gedeckt sind, unbeschadet der Zuweisung dieser Gewinne an einen freiwilligen Reservefonds, wenn die Hauptversammlung dies beschließt.

ARTIKEL 27. - ÄNDERUNG DER RECHTSFORM, FUSION ODER SPALTUNG DER GESELLSCHAFT GESELLSCHAFT. Die Änderung der Rechtsform, die Fusion oder die Ausgliederung der Gesellschaft wird geregelt

gemäß den Bestimmungen des königlichen Gesetzesdekrets 1564/1989 vom 22. Dezember 1989, mit dem der überarbeitete Text des spanischen Aktiengesetzes verabschiedet wurde.

ARTIKEL 28. - AUFLÖSUNG UND LIQUIDATION. Die Gesellschaft wird aus den im Königlichen Gesetzesdekret 1564/1989 vom 22. Dezember 1989 zur Verabschiedung der Neufassung des spanischen Aktiengesetzes festgelegten Gründen und in Übereinstimmung mit den dort festgelegten Anforderungen aufgelöst und liquidiert.

ARTIKEL 29. - SCHIEDSGERICHT. Alle gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten, die zwischen der Gesellschaft und dem geschäftsführenden Organ oder den Gesellschaftern oder zwischen dem geschäftsführenden Organ und den Gesellschaftern entstehen, werden dem Schiedsgericht der Handelskammer am Sitz der Gesellschaft vorgelegt, das gemäß seiner Geschäftsordnung mit der Leitung dieses Schiedsverfahrens und der Ernennung der Schiedsrichter betraut ist, und der Schiedsspruch ist bindend.

Angelegenheiten, über die die Parteien nicht rechtswirksam entscheiden können, oder Angelegenheiten, für die nach dem Gesetz eine bestimmte Gerichtsbarkeit ausschließlich zuständig ist, sind ausgeschlossen.

**ANHANG 13**  
**ERHALT VON BESCHEINIGUNGEN ÜBER DIE EINHALTUNG DER**  
**STEUER- UND SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTEN DURCH DIE**  
**UNTERNEHMEN**



## Englisch Convenience Übersetzung

### Sonderdelegation (*Delegación Especial*) von MADRID

Abteilung für Großunternehmen (*Unidad de Gestión de Grandes Empresas*) MADRID

CL GUZMAN EL BUENO, 139 28003

MADRID (MADRID)

Tel. 915826755

### ZERTIFIKAT

REFERENZNUMMER: 20251729122

Die Ausstellung einer Bescheinigung über die Erfüllung aller steuerlichen Pflichten wurde von der Firma beantragt:

Steueridentifikationsnummer (N.I.F.): **A82261553** FIRMENNAME: **MULTIASISTENCIA SA**  
 STEUERLICHER WOHSITZ: **RONDA PONIENTE NUM 7 28760 TRES CANTOS (MADRID)**

Die staatliche Steuerverwaltungsbehörde (*Agencia Estatal de Administración Tributaria*),

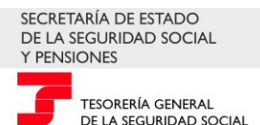
BESCHEINIGT: dass der oben genannte Antragsteller nach den der Steuerbehörde vorliegenden Daten seinen steuerlichen Verpflichtungen gemäß den Bestimmungen von Art. 74.1 der Allgemeinen Verordnung über die Maßnahmen und Verfahren der Steuerverwaltung und der Steuerprüfung sowie über die Entwicklung gemeinsamer Regeln für die Steuerantragsverfahren, umgesetzt durch das *Königliche* Dekret 1065/2007 vom 27. Juli [2007].

Diese Bescheinigung wird auf Antrag des Interessenten ausgestellt; sie hat den Charakter einer POSITIV-Bestätigung und gilt für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab ihrem Ausstellungsdatum, es sei denn, die besonderen gesetzlichen Bestimmungen, die die Vorlage der Bescheinigung vorschreiben, sehen eine andere Gültigkeitsdauer vor. Diese Bescheinigung wird ausschließlich zu den oben genannten Zwecken ausgestellt und begründet keinerlei Rechte oder Ansprüche zugunsten des Antragstellers oder Dritter; sie kann weder zur Unterbrechung oder Aussetzung von Verjährungsfristen noch zur Zustellung der Dokumente, auf die sie sich möglicherweise bezieht, verwendet werden, ohne dass sich ihr Inhalt auf das Ergebnis späterer Überprüfungen oder Ermittlungen auswirken könnte; sie entbindet auch nicht von der Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen von Beschlagnahmemaßnahmen, die den Empfängern zuvor mitgeteilt wurden.

Das Dokument wurde am 17. Februar 2025 von der staatlichen Steuerverwaltung elektronisch signiert (Gesetz 40/2015). Die Echtheit kann mittels **Secure Code Verification (Código Seguro Verificación)** überprüft werden **GJPBHPZMUU4FBPV** unter *sede.agenciatributaria.gob.es*



Das Dokument ist elektronisch signiert (Gesetz 40/2015). Die Echtheit kann mittels **Secure Code Verification (Código Seguro Verificación)** GJPBHPZMUU4FBPV unter *sede.agenciatributaria.gob.es* überprüft werden.

**English Convenience Übersetzung**

### **BESCHEINIGUNG ÜBER DIE ERFÜLLUNG DER SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHT**

Der Antrag auf Erteilung einer Bescheinigung über die Erfüllung der Sozialversicherungspflicht wurde von 66870 CESAR HERNANDEZ AGUADO im Namen von MULTIASISTENCIA, S.A., (NIF) 0A82261553 gestellt.

Die Allgemeine Kasse der Sozialversicherung (*Tesorería General de la Seguridad Social*)

BESCHEINIGT: dass der oben genannte Antragsteller nach den Informationen, die der Generalkasse der Sozialversicherung vorliegen, seinen Verpflichtungen im Bereich der sozialen Sicherheit nachgekommen ist.

Diese Bescheinigung hat den Charakter einer POSITIV-Bestätigung; sie begründet keine Rechte oder Ansprüche zugunsten des Antragstellers oder Dritter und kann nicht zur Unterbrechung oder Hemmung von Verjährungsfristen herangezogen ; sie kann auch nicht als Mitteilung der Dokumente dienen, auf die sie sich möglicherweise bezieht, ohne dass ihr Inhalt das Ergebnis späterer Überprüfungen oder Ermittlungen beeinflussen könnte; sie entbindet auch nicht von der Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen von Beschlagnahmemaßnahmen, die den Empfängern zuvor mitgeteilt wurden.

Informationen erhalten am 27 Februar 2025 11:32:44

**VERIFIKATIONSBEZUG**

**Code:** DOZ7Q-TZRBV-HDNYJ-CZAEI-ZLPE-EFK7G **Datum:** 27. Februar 2025

Die Echtheit dieses Dokuments kann beim elektronischen Büro der Generalkasse der Sozialversicherung überprüft werden.

Elektronisches Büro: <https://sede.seg-social.gob.es>

Seite 1 von 1

Website: [www.seg-social.es](http://www.seg-social.es)